

# Rieser Tageblatt

Druckanstalt  
Tagesblatt Rieser  
Herrnstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen befähigter bestimmter Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 163.

Sonnabend, 15. Juli 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingetragener Marken oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Leichgräber, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Klat, Rieser.

## Das Reichskabinett beschloß neue wichtige Gesetze.

Der Hitler-Gruß zum deutschen Gruß geworden.

### Die Dauerfassung des Reichskabinetts.

Nachdem das Reichskabinett hat, wie gestern kurz berichtet, am Freitag in einer Sitzung, die schon vormittags begann und mit einer Mittagspause bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte, eine Reformarbeit auf dem Gebiete der Gesetzgebung geleistet. Eine Reihe von Gesetzen ist verabschiedet worden. Das Reichskabinett beschäftigte sich auch mit dem Gesetz über das Reichskonkordat, das einstimmig angenommen wurde. Der Reichskanzler sprach dem Reichskanzler von Papen den besonderen Dank für die erfolgreiche Verhandlungsführung aus. Der Inhalt des Konkordats wird erst veröffentlicht, wenn der Vertrag endgültig unterzeichnet ist.

Auch das Gesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche wurde vom Kabinett verabschiedet. Weiter wird in dem Gesetz bestimmt, daß die Deutsche Evangelische Kirche eine Körperschaft des öffentlichen Rechts des Reiches ist. Die Rechte und Pflichten des Kirchenbundes gehen auf die Deutsche Evangelische Kirche über. Falls sich die zuständigen Organe einer Landeskirche weigern, Anträge der Deutschen Evangelischen Kirche auf den Bundestag zu bringen, hat auf Ersuchen der Reichsregierung die zuständige Landesregierung die Eintragung der Leistungen in den Bundestag zu veranlassen. Im förmlichen Disziplinärverfahren gegen kirchliche Amtsträger sind die kirchlichen Disziplinärbehörden berechtigt, Zeugnis und Sachverständnisse zu verweigern, die Amtsträger verpflichtet, dem Reichshofgericht der kirchlichen Disziplinärbehörden stattzugeben. Die Kirchenwahlen finden am 23. Juli statt, und zwar für diejenigen kirchlichen Organisationen, die durch unmittelbare Wahlen gebildet werden. Soweit weitere Organe durch mittelbare Wahlen zu bilden sind, finden diese bis zum 31. August statt. Die zur Durchführung der Neuwahl erforderlichen Bestimmungen können die obersten Verwaltungsbehörden der Landeskirchen erlassen. Die Sitzmängel durch Bevollmächtigte wird erteilt, wenn ein Wahlberechtigter abwesend ist. Ein Bevollmächtigter des Reichsinnenministers überwacht die unparteiliche Durchführung der Bestimmungen über die Wahlen. Der Reichsinnenminister ist auch mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt. — Gleichzeitig wurde eine Verordnung zur Einführung der neuen Verfassung beschlossen. In die erste deutsche Nationalversammlung werden aus den Verbänden und Kirchenleitungen entsandt: Von der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union 19 Mitglieder, von der evangelischen Landeskirche in Hessen, Westfalen, Rheinland und Frankfurt 2 Mitglieder, von der vereinigten evangelischen protestantischen Landeskirche Baden und von der päpstlichen Landeskirche je ein Mitglied, und von den übrigen unteren Landeskirchen zusammen ein Mitglied; von der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen vier Mitglieder, von Hannover zwei, von Württemberg zwei, von Bayern zwei, von Schleswig-Holstein, Thüringen, Hamburg und Mecklenburg je ein Mitglied sowie von den übrigen Kirchen lutherischen Bekenntnisses zusammen ein Mitglied; von den Kirchen reformierten Bekenntnisses zusammen ein Mitglied. Auch über die Bildung des geistlichen Ministeriums enthält die Verordnung im einzelnen Vorschriften.

An politischen Gesetzen verabschiedete das Kabinett ein Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens und ein Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, ferner ein Gesetz über die Neubildung von politischen Parteien. Die Neubildung politischer Parteien wird verboten und jeder Versuch, neue Parteien zu bilden oder den organisatorischen Zusammenhalt einer aufgelösten Partei aufrecht zu erhalten, wird als Hochverrat bestraft. — Das Gesetz über den Einbürgerungswiderruf will das Verhalten landesverräterischer Elemente, die sich außerhalb der deutschen Landesgrenzen aufhalten, durch Ausschluss aus der Volksgemeinschaft abgrenzen. In gleicher Weise wird gegen Reichsangehörige im Ausland vorgegangen, die einer Aufforderung der Reichsregierung zur Rückkehr ins Reichsgebiet nicht Folge leisten. Ferner soll dem seit dem 9. November 1918 bis zum 30. Januar 1933 eingewanderten Volksgenossen die Staatsangehörigkeit entzogen werden können, wenn die Einbürgerung nicht als erwünscht angesehen ist. — Das Reichskabinett stimmte ferner einem Voranschlag des Reichsinnenministers zu, wonach für den Fall einer Verfassung des Volkes neue gesetzliche Bestimmungen zu erlassen sind.

Ungemein groß ist die Zahl der wirtschaftlichen Gesetze. Ein Gesetz über Zwangsarbeitsstellen ermächtigt den Reichswirtschaftsminister, zum Zwecke der Marktreinigung Unternehmungen zu Sondataten, Kartellen oder Konventionen zusammen zu schließen. Dem Minister stehen Aufsichts- und Finanzbefugnisse zu, die er Beauftragten übertragen kann. Das Gesetz dürfte wesentlich gegen die Kuxenleiter auf dem Zementmarkt gerichtet sein. — Eine gleichfalls beschlossene Änderung der Kartellverordnung bestimmt, daß

### Der Hitler-Gruß.

[[ Berlin. Der Reichsminister des Innern hat folgendes Rundschreiben an die obersten Reichsbehörden und die Landesregierungen gerichtet:

Es ist allgemein Übung geworden, beim Gehen des Viebes der Deutschen und des Hork-Bessels-Viebes (1. Strophe und Wiederholung der ersten Strophe am Schluss) den Hitlergruß zu erweisen, ohne Rücksicht darauf, ob der Grüßende Mitglied der NSDAP ist oder nicht. Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewußt ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitler-Gruß erweisen.

### Das Rundschreiben des Reichsinnenministers.

Nachdem der Parteienstaat in Deutschland überwunden ist, und die gesamte Verwaltung im Deutschen Reich unter der Leitung des Reichskanzlers Adolf Hitler steht, erscheint es angebracht, den von ihm eingeführten Gruß allgemein

als deutschen Gruß anzuwenden. Damit wird die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Führer auch nach außen hin klar in Erscheinung treten.

Die Beamenschaft muß auch hierin dem deutschen Volke vorangehen. Deshalb und um eine gleichmäßige Übung innerhalb der Behörden zu gewährleisten, bitte ich, für Ihren Geschäftsbereich anzuordnen:

1) Sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter von Behörden grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes.

2) Beamte in Uniform grüßen in militärischer Form; wenn sie keine Kopfbedeckung tragen, grüßen sie durch Erheben des rechten Armes.

3) Es wird von den Beamten erwartet, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen.

Für meinen Geschäftsbereich habe ich dementsprechende Anordnung getroffen."

eine Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit dann nicht unbillig ist, wenn der Geschäftsbetrieb des Betroffenen von Personen geleitet ist, welche die im Geschäftsverkehr erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzen oder wenn die erzeugten Güter zu Preisen angeboten werden, die unter Würdigung der Belange des Betriebes sowie der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls als volkswirtschaftlich schädlich anzusehen sind.

Ein Erträgnisgesetz zum Schutze des Einzelhandels ermächtigt die obersten Landesbehörden, die Erlaubnis zum Betrieb einer Schaufelwirtschaft in Warenhäusern ganz oder teilweise zurückzunehmen sowie die Abgabe zubereiteter Speisen in Warenhäusern zu verbieten, sofern das Bedürfnis für den Betrieb der Schaufelwirtschaft nicht mehr vorhanden ist und die Wirtschaftlichkeit des Gesamtunternehmens dadurch nicht gefährdet wird.

Durch ein weiteres Gesetz werden die Aufgaben und Befugnisse des Reichsinnenministers für Preisüberwachung auf den Reichswirtschaftsminister bzw. den Reichsernährungsminister übertragen. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Produkten wird vom Ernährungsministerium beaufsichtigt.

Eine Änderung des Industrieabfertigungsgesetzes bezweckt eine Gleichstellung des Aufsichtsrates und der Beiräte, deren Amtsdauer mit der ordentlichen Generalversammlung enden soll. Gleichzeitig wird die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 33 auf 21 herabgesetzt. Anstelle der Arbeitnehmervertreter hat die Deutsche Arbeitsfront für zwei Mitglieder des Vorstandsrecht.

Von großer Bedeutung namentlich für die Gemeinden sind die Richtlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Darin wird bestimmt, daß grundsätzlich über die Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließlich die verantwortlichen amtlichen Organe der öffentlichen Vergabestellen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu entscheiden haben. Die häufige eigenmächtige Motiven entfernende Einwirkung anderer Personen und Organisationen dürfte unter keinen Umständen gebildet werden. Dem Kampfbund für gewerkschaftlichen Mittelstand wird die Einwirkung auf die Vergabe öffentlicher Aufträge von Reich, Ländern und Gemeinden unterbunden. Weiter heißt es in den Richtlinien, die Tatsache, daß in einem Betrieb ausländisches Kapital arbeitet, könne mit Rücksicht auf die wirtschaftspolitische Gesamtlage Deutschlands und auf den Umfang des in der deutschen gewerblichen Wirtschaft angelegten ausländischen Kapitals schon mit Rücksicht auf die sehr umfangreichen deutschen Kapitalinvestitionen im Ausland für sich allein keine Veranlassung geben, eine solche Firma von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Die Frage der Zulassung einer mit ausländischer Kapitalbeteiligung arbeitenden Firma zum Wettbewerb bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand werde nur nach Prüfung des Einzelfalles und nicht allgemein zu entscheiden sein. Eine weitere Bestimmung besagt, daß die Vergütung zu einer besonderen Berücksichtigung ordnungsfähiger Unternehmer nur insoweit anerkannt werden könne, als sie sich im Rahmen der Bestimmungen der Vergabungsordnung für Bauleistungen bewegt. Hiernach sollen unter sonst annähernd gleichwertigen Angeboten im allgemeinen einheimische Bieter vor auswärtigen bevorzugt werden sowie unter einheimischen jene, die am Ort der Leistung oder in dessen Nähe den Auftrag im eigenen Betrieb ausführen und hauptsächlich ortsansässige Arbeiter beschäftigen. Tagelöhner würde ein grundsätzlicher Ausschluß auswärtiger Bieter oder aber ihre Nichtberücksichtigung trotz offensichtlich günstigerer Angebote gesamtwirtschaftlich äußerst ungünstige Wirkungen haben.

Ein Gesetzentwurf über die Verwendung von Maschinen in der Hagarrenindustrie bestimmt, daß Maschinen, die bei der Herstellung von Hagarren, Hagarillos oder Stumpen zur Infertigung des Würfels oder zum Ueberrollen mit dem Deckblatt verwendet werden können, nicht mehr aufgestellt werden dürfen. Ebenso dürfen stillgelegte nicht wieder in Betrieb genommen werden. Betriebe, die diese Maschinen verwenden, dürfen nur eine Gesamtmenge herstellen, wie sie im Rechnungsjahr 1932/33 erzeugt wurde. Bis zum 15. August können sie erklären, daß die auf die Maschinen verhängten und zur Handarbeit übergebenen. Durch dieses Gesetz soll der Arbeitslosigkeit in der Hagarrenindustrie entgegengetreten werden, da eine allgemeine Einführung der neuzeitlichen Maschinen bis zu 1/2 der bisherigen Arbeitskräfte überflüssig machen würde. Der Finanzminister wird ermächtigt, bis zu zwei Millionen Mark Unterzählungen an solche Betriebe zu gewähren, die Maschinen nicht mehr verwenden oder solche Maschinen herstellen.

Von außerordentlicher Bedeutung ist der Gesetzentwurf über die Förderung zur Schaffung von Bauernhöfen. Er bestimmt, daß die Schaffung von Bauernhöfen im gesamten Reichsgebiet Aufgabe des Reiches ist und daß das Reich darüber die ausschließliche Gesetzgebung hat. Zur Durchführung kann sich das Reich der zuständigen Landesbehörden bedienen, die den Weisungen des Reiches Folge zu leisten haben.

Von bestehenden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften kann abgewichen werden. Zur Begründung des Gesetzes wird betont, daß die Durchführung der Siedlung unter Beseitigung der bisherigen Hemmnisse erfolgreich nur gelöst werden könne, wenn die bisher zerstückelten Zuständigkeiten in einer Reichsinstitution zusammengefaßt werden.

Eine Reihe von Gesetzen betrifft Rechtsfragen. So wird in einem Gesetz über Miets- und Pachtverhältnisse bestimmt, daß, wenn der Mieter eines Gebäudes oder Gebäudeteiles keinen ständigen inländischen Aufenthaltsort unter Umständen verlassen hat, die auf eine dauernde Entfernung schließende und ein neuer ständiger Aufenthaltsort nicht bekannt ist, auf Antrag des Vermieters dem Mieter ein besonderer Vertreter zur Wahrnehmung der aus dem Mietvertrag sich ergebenden Rechte und Pflichten zu bestellen ist. Dieser Vertreter kann Kündigungen entgegennehmen und auch Rechtsstreitigkeiten führen.

Eine Verordnung zur Durchführung der Gesetze über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und Patentanwaltschaft will eine absolut klare und einwandfreie Definition des Begriffes Frontkämpfer schaffen. Eine Änderung der Rechtsanwaltsordnung sieht vor, daß sich ein Beamter, der nach Erreichung der Altersgrenze ausgeschieden ist, nicht einfach als Rechtsanwalt niederlassen kann.

Ein Gesetz zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen bringt eine schärfere Aufsicht über die gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen.

Endlich wird durch ein Gesetz die Vollstreckung für Bayern und Württemberg geregelt. Es handelt sich um Verbindlichkeiten der Deutschen Reichspost, die dem Reich die Zahlungen erstattet und verzinst. Im einzelnen wird bestimmt, daß Bayern 21 Jahre lang, von 1934 bis 1954, eine jährliche Rente von 4,35 Millionen erhält, Württemberg eine solche von vier Millionen.

Unter den weiteren Kabinettsbeschlüssen ist auch ein Gesetz über Maßnahmen zum neuen Betriebswirtschaftsjahr.